

Thailand 2007

„Zwischen Tradition und Moderne“

Das Jahr 2007 ist für das Königreich Thailand in vielen zentralen Bereichen von geradezu historischer Bedeutung. Nicht allein wegen der erwarteten „Rückkehr zur Demokratie“, sondern vor allem wegen der für die Zukunft wichtigen Signale und Weichenstellungen, die im Verlauf dieses Jahres und den sich daraus ableitenden Konsequenzen erwartet werden. In einer sich immer dynamischer entwickelnden Weltwirtschaft muss sich auch Thailand behaupten und die seit langem erfolgreich erarbeitete Position im globalen Wettbewerb verteidigen. Diesen Wettbewerb wird Thailand nur dann bestehen, wenn es moderne Antworten findet und moderne Strukturen schafft, die eine immer wieder festzustellende Lähmung wichtiger Entscheidungsprozesse vermeiden helfen. Die Ausgangsbedingungen sind dabei positiv, denn Thailand ist trotz der an die 18 Militär-Coups in der jüngeren Vergangenheit insgesamt gestärkt aus allen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen hervorgegangen und kann für sich in Anspruch nehmen, eine auch westlichen Standards durchaus genügende Zivilgesellschaft zumindest in den großen Städten entwickelt zu haben. Umso befremdlicher sind die Kurzschlussreaktionen des europäischen Auslands. Auf der „hochpolitischen“ Ebene ist Thailand aufgrund der aktuellen Lage für die westeuropäischen Länder nicht existent, was in vielen Bereichen sogar so weit geht, dass die Beziehungen zum Land und seinen Menschen nicht mehr aktiv gepflegt, Termine und Projekte zurückgestellt und im Übrigen „Moral“ gepredigt wird:

Die Rückkehr zur Demokratie sei die Grundvoraussetzung für jede weitere Zusammenarbeit. Diese Abstinenz stärkt indes gerade im Falle Thailands nicht den Prozess der weiteren demokratischen Erneuerung. Vielmehr fühlen sich die nicht wenigen aufrechten Demokraten Thailands durch Westeuropa im Stich gelassen. Unverständlich ist für viele die durch die Zurückhaltung bewirkte faktische Unterstützung der gestürzten Regierung Thaksin, deren Politik zunächst die demokratischen Massen auf der Straße, dann auch den Hof und schließlich das Militär zum eingreifen zwangen. Thaksin und seine Mannen haben auf ihre Weise zwar die Wahlen gewonnen, indem sie die rückständigen Kräfte auf dem Lande für sich vereinnahmten.

Die Macht haben sie aber nach derzeitiger Sachlage auf alle Zeit verloren und eine Rückkehr zum „System Thaksin“ ist ungeachtet der Frage seiner Rückkehr oder Bestrafung nicht denkbar.

Bis auf wenige deutsche Unternehmen hält sich auch die Wirtschaft bzw. ihre Verbandsbürokratie zurück und überlässt in dieser für Thailand wichtigen Phase „das Spielfeld“ derzeit gänzlich denen, die im Gegensatz zu den Europäern mit dem Begriff der Pflege strategischer Beziehungen auch inhaltlich etwas anfangen können. Diese Zurückhaltung wird erhebliche Folgen haben, die nicht zu unterschätzen sind, denn im Interesse der Sicherung der eigenen Souveränität schickt Thailand sich derzeit an, ganz

oder: „Der kurvenreiche Weg in eine moderne Zivilgesellschaft“

massiv neue Märkte zu erobern und neue Beziehungen zu entwickeln. Während die europäische Politik sich seit dem unblutigen Militär-Coup vom 19. September 2006 vor allem durch Zurückhaltung auszeichnet, bauen die Wettbewerber wie die USA, Russland, Ukraine, China, Japan, Taiwan und Indien neben den afrikanischen Staaten wie z.B. Tansania, Kongo, Nigeria, Angola ihre Position auch in und mit Thailand aus und begründen völlig neue Strukturen und Netzwerke, die weitreichende Nachwirkungen zur Folge haben werden. Die Sicherung der Rohstoffquellen und der Absatzmärkte für die eigenen Produkte hat vorrangige Bedeutung und erklärt, weshalb auch im industriellen und militärischen Bereich völlig neue Ansätze verfolgt werden.

Des Königs 80. Geburtstag und die Mystik der Zahlen

Nach buddhistischer Zahlenmystik ist das Jahr 2007 von besonderer Bedeutung, sogar heilig, und verkündet allein aus diesem Grunde große „Ereignisse auf Erden aber auch im Himmel“. Wenn dies kein Omen ist! Zwei und sieben macht neun. Neun geteilt durch drei macht drei, die kosmische Zahl also, in der sich die Einheit zwischen dem Himmel, der Erde und der Welt dazwischen widerspiegelt. Wem es also vergönnt ist unter diesem Vorzeichen seinen Jahrestag auf Erden zu begehen, dem spricht der Himmel zu. Thailands König, zugleich irdischer Vertreter des Glaubens zählt zu den

Glücklichen. Ein positives Omen. War es am 9. Juni 2006 das Jubiläum¹ der Inthronisation² des Königs, S.M. Bhumibhol³ („Rama IX“) vor 60 Jahren mit einem großen Fest in Bangkok in Anwesenheit von 25 gekrönten Häuptionern aus aller Welt, so steht mit dem 80. Geburtstag des Königs am 5. Dezember 2007 nunmehr das wirklich wichtige Ereignis für Land und König bevor. Ganz Thailand bereitet sich auf dieses Ereignis vor, das mit der Prozession der königlichen Barken auf dem Chaopraya-Fluss und vielen Festveranstaltungen weltweit einen Höhepunkt in der jüngeren thailändischen Geschichte dokumentieren wird. Über 60 Jahre im Amt, ein Jubiläum, das einzigartig in der Welt ist, stehen für die Gewährleistung der Unabhängigkeit Thailands in einem immer wieder komplexen geopolitischen Umfeld, für die Einheit des Landes, dessen Stabilität, die begründete Hoffnung der Thailänder nach einer positiven Zukunftsentwicklung in Frieden und relativer Freiheit und für das Geschick Thailands, sich immer wieder auf eigene Art den Bindungsversuchen fremder Mächte mit Erfolg zu entziehen. Das Königshaus ist für alle Thais gleich welcher „zivilen Position“ der unangefochtene Ruhepunkt des Landes, quasi „der Felsen in einem stürmischen Umfeld“ und gleichsam der Inbegriff der eigenen Identität. Thailand trägt „gelb“, die Farbe des Königs und zugleich die „Montagsfarbe“. Die Feiern zum Geburtstag werden Volk und König vereinen und eine positive Grundlage für das Gelingen der Wahlen kurz darauf sein. Besorgnisse angesichts des Datums erscheinen derzeit unbegründet.

Die Rückkehr zur Demokratie

Die Stichworte „Terrorismus“, „strategische Interessensicherung“ und „Infrastrukturentwicklung“ erklären, was zu denken geben sollte, dass Thailand im Gegensatz zu Myanmar trotz seiner aktuellen Verhältnisse seit 2006 nicht wirklich zum Gegenstand der üblicherweise in derartigen Situationen festzustellenden „Medienkampagnen“ geworden ist. Als „Land der Freien“ bietet vor allem Thailand für die strategisch denkenden und vor allem handelnden Nationen alle Voraussetzungen für eine stabile, kontrollierbare und überschaubare Zusammenarbeit. Der jüngste und sich seit dem Sommer dieses Jahres abzeichnende „Konflikt in Myanmar“ dokumentiert sogar, dass Thailand hier nicht nur das sichere Hinterland der „demokratischen Bewegung“ in Burma ist, sondern sich neuerdings insbesondere auch als regionaler Moderator des Konflikts im Sinne der Durchsetzung „demokratischer Ziele“ anbietet. Eigene und Drittinteressen decken sich hier.

Es ist erkennbar, dass die bereits getroffenen Weichenstellungen in die richtige Richtung gehen. Die Neuwahlen im Dezember sind ein wichtiger Meilenstein. „Alles wird gut“, auch wenn es zukünftig

auch immer wieder unruhig werden könnte, denn der Erfolgsdruck, der auf der demokratisch gewählten neuen Regierung lasten wird, hat es ebenso in sich wie die Fragestellung, wie die übrigen Herausforderungen des Landes in der nahen Zukunft gemeistert werden. Gewisse Personalfragen dürften für die weitere Entwicklung Thailands gewichtiger sein als das, was die gegenwärtige Entwicklung ausmacht. Es ist davon auszugehen, dass sich das dem Königshaus und Volk gleichermaßen verbundene Militär für jede Gefahrenlage auch in der Zukunft bereithält.

Supreme Commander der Streitkräfte Boonsrang Niumpradit, West-Point-Absolvent und lange Jahre Force Commander der UNTAET in Ost-Timor, machte am Jahrestag des Coups am 19. September in Bangkok anlässlich der Jahrestagung der Honorary Trade Advisors und des Ministry of Commerce deutlich, dass das Militär Bestandteil der thailändischen Gesellschaft, dem Königshaus⁴ treu verbunden ist und in diesem Zusammenhang stets gewährleistet wird, dass die legitimen Interessen des Volkes berücksichtigt würden. Nie würden sich die Streitkräfte gegen Volk und König stellen.



HTAs USA, Australia, Pakistan, Bangladesh, Supreme Commander Boonsrang Niumpradit, Deputy Minister of Commerce Secretary Oranoj Osatananda, HTA Trempel (Germany), Director-General Department of Export Promotion Rachane Potjanasuntorn, Minister Counsellor Kessiri (Washington), DEP Board – from left

Die Gefahren des „Entstehens eines Staates im Staate“ aber auf der Basis nicht mehr kontrollierbarer Netzwerke, der Ausverkauf strategischer Industrien und Interessen und die Gefährdung der nationalen Einheit und Unabhängigkeit werden dagegen ebenso bekämpft wie alle sonstigen Angriffe auf das „nationale Gefüge“. Wie sehr sich die derzeitige Militärführung im Gegensatz zu früher ihrer allgemeinen Verantwortung gegenüber dem Land verpflichtet fühlt, kann anhand ihrer praktischen Politik, nicht den bloßen Worten, seit dem Coup und der öffentlichen Auseinandersetzung um die zukünftige Entwicklung Thailands in den Medien nachvollzogen werden.

Zunächst wurden die Versuche der abgesetzten Regierung korrigiert, auch den militärischen Apparat in ihrem Sinne personell auszurichten. Die rechtlichen Grundlagen für die Neuwahlen unter Ausschluss der früheren Regierung und ihrer Vertreter wurden geschaffen und durch Referendum bestätigt, wenn auch mit knapper Mehrheit. Auf diesem Hintergrund wurde das Kriegsrecht im September in den meisten der 79 Provinzen bis auf den Nord-Osten und moslemischen Süden aufgehoben. Nur die Kerneinflussgebiete des abgesetzten Ministerpräsidenten Thaksin unterliegen auch weiterhin einer besonderen Kontrolle. Zugleich wurde immer wieder betont und praktisch untersetzt, dass die vom Militär in Übereinstimmung mit dem Hof eingesetzte Zivilregierung sich als Interimsregierung versteht, die lediglich den fließenden Übergang zur Demokratie im Dezember zu gewährleisten versucht und nicht etwa deren Aufgaben ersetzen soll. Ein Umstand, der sich vor allem gegen die Kritiker aus diversen Lagern gegen „die Untätigkeit der Regierung“ richtet.

Über die Ethik, Wahlen und Demokratie

Trotz Militär, eingeschränkter Zensur⁵ und sogar Kriegsrecht erlebt Thailand seit 2006 eine in aller Öffentlichkeit ausgetragene Demokratie- und Ethikdebatte. Ganz Thailand scheint im Umbruch und auch auf dem Lande formulieren sich, wenn auch infolge der diversen Parteienverbote notwendig, neue politische Ansätze, die für die weitere Entwicklung der Zivilgesellschaft positiv erscheinen.

Am 23. Dezember dieses Jahres werden „beschränkt“ freie Wahlen stattfinden, deren Ergebnis mit ebenso gleicher Sicherheit eine Koalitionsregierung unterschiedlicher Parteien zur Folge haben wird, deren Halbwertszeit allerdings, folgt man den kritischen Stimmen im Land, derzeit bei maximal 2 Jahren liegt. Beschränkt deshalb, weil Personen, Personengruppen und Parteien aus dem Umfeld der abgesetzten Regierung auf mindestens 5 Jahre von allen aktiven und passiven Ämtern ausgeschlossen sind. Ein Novum und ein Konfliktfeld auf Dauer. Eine längere Amtsdauer traut einer neu gewählten Regierung so ohne weiteres niemand zu. Zu problembehaftet ist das Tabu-Thema, zu groß ist der Erfolgsdruck, zu gewaltig sind die zu lösenden Aufgaben und zu gewichtig die Weichenstellungen für die Zukunft, die die neue Regierung unter dem Einfluss einer immer aktiver werdenden Öffentlichkeit und Medienlandschaft zu bewerkstelligen haben wird, als die erwarteten Antworten ohne weiteres erarbeitet und konfliktfrei durchgesetzt werden können. Hinzu kommt der Umstand, dass seit dem Militär-Coup wie nie zuvor die politische Ethik zu einem öffentlichen Thema geworden ist.

Die thailändische Methode des „Schenkens oder Gunstbeweises“, im Westen auch als „Korruption“ oder „Stimmenkauf“ verrufen, nicht selten aber auch gänzlich missverstanden, bewegt die Menschen und Parteien ebenso, wie die Vermögen der neuen politischen Akteure, die wie die amtierenden Amtsträger der Regierung rücksichtslos auf Unregelmäßigkeiten, die Einhaltung der Moral und der Behauptungen der Militärs hin untersucht werden, „die Schattenbeziehungen“ ein für alle Mal vom Zugriff auf den Staat auszuschließen. Jede kleinste Disposition oder Anschaffung in den letzten 30 Jahren führt derzeit bereits zu einem öffentlichen Verfahren, zur moralischen Anklage oder aber fast erzwungenen Rücktritt, wenn auch nur ansatzweise behauptet oder unterstellt werden kann, dass eine Interessenkollision des Betroffenen zwischen privatem Engagement und öffentlicher Funktion nicht auszuschließen ist.⁶

Hohe ethische Standards sind es, die scheinbar nunmehr in der Zukunft besonders gefordert sind. Im jüngsten Fall des Technologieministers war die Anteilsbeteiligung an privaten Unternehmen der Kommission veröffentlicht worden. Fitthichai hält 16,17% der Anteile an der International Science & Technology, die die Manakron University of Technology betreibt,

31,33 % in der Thai Space Industry und 31,36 % in der Firma Technology & Development. Die wahren Gründe könnten aber darin liegen, dass derzeit grundlegende Veränderungen im Telekommunikationssektor infrage stehen. Hauptaufgabe des Ministeriums ist es nämlich die Vollkonzessionen für Mobil- und Telekommunikationsunternehmen an den Public Private Joint Venture Act von 1992 anzupassen, was mit erheblichen Veränderungen verbunden ist. Infrage stehe z.B., ob zukünftig grundsätzlich Ausschreibungen für die Belieferung von Equipment zu erfolgen haben oder die Einhaltung eines sog. Transparenzprozesses⁷ ausreicht, um die Belieferung zu sichern. Problematisch erwies sich die Zusammenarbeit der staatlichen chinesischen Telekomgesellschaften mit dem chinesischen Equipment-Ausrüster ZTE zur Einrichtung eines Breitbahnnetzwerkes ohne Bieterverfahren bzw. Ausschreibung. Das Verfahren wurde im zeitlichen Zusammenhang mit dem Rücktritt des Ministers ausgesetzt. Zeitgleich gab es auf den Philippinen mit dem gleichen Ausrüster eine vergleichbare Problematik, die auch die philippinische Präsidentin bzw. ihren Ehemann mit einschloss.⁸

Die Aufarbeitung der Ära und des Systems „Thaksin“

Es wird dauern, bis sich die Verhältnisse versachlichen, denn die Aufarbeitung der Regierungstätigkeit der letzten Jahre wird zu den wichtigsten Aufgaben der neuen Regierung gehören. Und diese Aufgabe hat es in sich, stehen doch ungeklärte Vermögensverschiebungen zu Lasten der öffentlichen Haushalte in Milliardenhöhe infrage. Allein die über 100%ige Kostensteigerung bei der Errichtung des von Japan finanzierten neuen Flughafens Suvarnabhumi, dessen Realisierung an die 30 Jahre brauchte und von Kritikern als der größte Korruptionsskandal des Landes gehandelt wird, macht das Ausmaß der Probleme deutlich. Die Baukosten von 3,8 bis 4 Milliarden Dollar bzw. 3 bis 3,2 Milliarden Euro würden im Kaufkraftvergleich etwa bedeuten, dass der Berliner Flughafen Schönefeld zu Gestehungskosten von rd. 30 Mrd. Euro infrage stünde.

Dabei zeigten sich zudem schon vor der Eröffnung erhebliche Planungs- und Baumängel, die immer wieder zu Nacharbeiten führen. Über 50% dieser Mittel sollen keine wirtschaftliche Grundlage haben. Der Versuch der japanischen Finanzierer, die Hintergründe

aufzuklären, endete mit einer vorzeitigen Abreise. Der Thailand durch eine intransparente Wirtschaftspolitik entstandene Schaden ist scheinbar so erheblich, dass ein weiteres Abwarten nicht mehr zumutbar war. Darüber hinaus besteht die Gefahr, dass die Reputation des Landes ob des Zulassens intransparenter Zustände an der entscheidenden Stelle leidet, was wiederum die Konflikte erklärt, die wirklichen Hintergründe der Folgen der früheren Wirtschaftspolitik in der Öffentlichkeit zu erörtern. Wie ist es um die Kreditwürdigkeit des Landes bestellt, wenn sich vor allem bei Großprojekten immer wieder erhebliche Probleme zeigen, die sich einer üblichen Mittelverwendungskontrolle entziehen? Auch dieser Frage wird die neue Regierung überzeugend zu entgegnen haben.

Die Weichenstellungen

Verständlicherweise hat der Übergangsprozess auch negative Folgen für den Standort Thailand und nicht abzustreiten ist die Tatsache, dass vor allem die offenen wirtschaftspolitischen Weichenstellungen hinsichtlich der Weiterentwicklung der Infrastruktur, dem Ausbau der Autobahnen, Tiefseehäfen, Eisenbahn- und Metrostrecken, der Grundlagenentscheidung in der Energiepolitik und weiteren Privatisierung der Staatswirtschaft die Dynamik des Landes und die weitere Entwicklung belasten. Auf der anderen Seite sind es gerade diese Weichenstellungen, die der demokratischen Legitimation bedürfen und nicht einfach verordnet werden sollten.

Es wird daher der zukünftigen Regierung vorbehalten bleiben, die wichtigen Weichen für Thailands zukünftige Entwicklung zu stellen und die Erwartungen der Menschen in eine sichere Zukunft zu erfüllen. Und schließlich ist nicht zu verkennen, dass alle aktuellen wirtschaftspolitischen Fragestellungen auch der veränderten globalen Wettbewerbssituation und komplexen Weltwirtschaftslage zu verdanken sind, die auch die nur vordergründig erfolgreichen Anhänger der Thaksin-Regierung nicht weglegen können.

Die Wirtschaft und die Konfliktlage

Wenn Kritiker das vermeintlich schwache Wachstum in 2007, den Rückgang des privaten Konsums und das Ausbleiben wichtiger Entscheidungen im Infrastrukturbereich (Schienenwege, Hafenbau, Autobahnen, Kraftwerksbau etc.) beklagen und dies auf die Verantwortung des Militärs zurückführen, dann übersehen sie die wirkliche Konfliktlage: Auch Thailand leidet seit längerem erheblich unter billigen Importen aus China⁹, geringeren Produktionskosten in China und Vietnam (China 0,99 Cents/Arbeitsstunde; Vietnam 0,60 Cents), erheblich steigenden Erdöl- und Rohstoffpreisen, einem sinkenden Dollarkurs aber gleichzeitig stark steigendem Baht¹⁰, was zu einem Umdenken und einer Neuausrichtung in der Wirtschaftspolitik führen muss. Darüber wirken auch eine Reihe von Freihandelsabkommen negativ im Bereich der Agrarprodukte, so dass

einerseits neue Märkte erobert, andererseits aber auch Nachverhandlungen erforderlich werden.

Chinas preiswerte Leicht- und Textilindustrie trägt derzeit erheblich zum Niedergang traditioneller Industrien in ganz Süd-Ost-Asien bei und nur Vietnam scheint derzeit diesem Trend standhalten zu können. Der von Thaksin ausgelöste Boom in der Wirtschaft war auf äußerst schwachem Fundament begründet. Eine hohe Verschuldung der öffentlichen und privaten Haushalte kann auf Dauer nie die Grundlage für eine geordnete und nachhaltige Wirtschaftspolitik sein. Und schließlich täuscht eine Beurteilung einer Volkswirtschaft allein aufgrund eines undifferenzierten „Wachstumsbegriffes“ über den wirklichen Zustand und die Möglichkeiten eines Landes hinweg. Abgesehen davon, dass Thailand mit dem derzeit



zu erwartenden Wachstum in 2007 von 4,5% nach wie vor alle früheren Prognosen der Weltbank und der ADB erfüllt, sollte eher auf die Qualität des Wachstums und die Bemessungsgrundlagen selbst abgestellt werden.

Es kann kein Zweifel bestehen, dass Thailand auch weiterhin eine stabile und vor allem lebenswerte Größe in Asien ist und allein aus den Gründen der allgemeinen Lebensbedingungen bis auf weiteres gegenüber Indien, China und Vietnam als Standort in vieler Hinsicht im Vorteil bleiben wird, obwohl der Wettbewerb härter wird. Welcher Investor wird im Vergleich in China oder Vietnam leben wollen?

Die weiter anstehenden Weichenstellungen im Lande haben es darüber hinaus in sich: Die Beantwortung der Frage „Friedliche Nutzung der Kernenergie in der Zukunft und/oder deutliche Ausrichtung des Landes auf erneuerbare Energien, saubere Kraftwerke und Umweltschutz“ ist nur eines von vielen kontrovers diskutierten Themen im Land. Bedauerlich, dass vor allem Deutschland, von guten Ausnahmen abgesehen, hier nicht mitdiskutiert.

Die Entwicklung der Wirtschaft seit 2006

Das nationale GDP liegt bei einer Bevölkerung von 66 Millionen und einem Bevölkerungswachstum von 1,7% pro Jahr im September 2007 bei 3.094 US-Dollar. Das nationale Bruttoinlandsprodukt bei rd. 2,6 Milliarden US-Dollar. Thailands Nettoauslandserschuldung lag Mitte 2007 bei rund 60 Milliarden US-Dollar. Dem stehen aller-

dings Währungsreserven von rund 75 Milliarden US-Dollar gegenüber. Dies bedingt eine Einfuhrdeckung von rund 7,5 Monaten, in denen Thailand von der Substanz ohne jegliche Warenexporterlöse leben könnte. Exporterlöse und Tourismus tragen maßgeblich zum GDP bei. Der Binnenmarkt bedarf allerdings der weiteren Belebung.

Der Jahresüberschuss der Exporte 2007 in den ersten acht Monaten 2007 liegt bei 6,48 Milliarden US-Dollar.¹¹ Die Angaben des Customs Department weichen allerdings von denen des Ministry of Commerce ab, was auf unterschiedliche Berichtszeiten zurückzuführen ist. Allerdings nimmt der Re-Export von zwei Nuklearreaktoren im Wert von jeweils 10 Milliarden Baht einen erheblichen Anteil ein. Die Exporte nach Japan stiegen 2007 um 8,1%, im Bereich Asiens im Übrigen um 17,3% und nach Europa um 20%. Dennoch sind es die neuen Märkte in Afrika und im Mittleren Osten sowie Osteuropa und Indien, die zukünftig für Thailands Wachstum von großer Bedeutung sind. So stiegen die Exporte nach Osteuropa um 63,8%, 59% nach Afrika, 31% nach Lateinamerika, 47% nach Indien, 39% in den Mittleren Osten und 33% nach China. Hauptexportgüter sind neben landwirtschaftlichen Produkten und Zement, Reis, Automobilteile, Baumaterialien, Plastikprodukte, Juwelen, Kosmetika, medizinische Produkte und Druck-erzeugnisse. Aus der Ukraine und Russland wird ebenso wie aus China auch ein Technologiezufluss erwartet, der sich auch auf eine investive militärische Zusammenarbeit erstrecken wird. Zentralasien wird ein weiterer strategischer Markt werden.

Im ersten Halbjahr 2007 ging der Absatz von Neuwagen im Inland um 12,6% im Vergleich zum Vorjahr zurück. In der Regel ein Warnsignal. Thailands Konsumenten halten sich merklich mit Anschaffungen zurück. Über 50% verringerte sich der Absatz von Luxusgütern und sonstigen Hochpreisprodukten. Auch Mittelstand und Einzelhandel leiden derzeit unter erheblichen Umsatzeinbrüchen. Dies beruht nicht auf der Unsicherheit über die politische oder wirtschaftliche Zukunft des Landes, wie hier und da lamentiert wird. Vielmehr ist die Zeit des unbeschränkten Konsums auf Pump vorüber. Thailand will die unter Thaksin geförderte Überschuldung der privaten und öffentlichen Haushalte stringent einschränken. Dagegen boomt nach wie vor der Immobilienmarkt, da der thailändische Mittelstand den Erwerb von Eigentumswohnungen als Anlageobjekt ebenso entdeckt hat wie internationale Investoren, die Immobilienprojektentwicklungen fördern.



RA Trempel mit seinem Team Thailand

Reformpolitik, Restriktionen und Signale

Der Schock der Asienkrise 1997 sitzt nach wie vor tief. Grund genug Überlegungen anzustellen, wie die Abhängigkeit von internationalen Spekulanten und Finanzinvestoren, Wechselkursen, Kapitalflucht, überhitztem Boom und Finanzmärkten aber auch Rohstoffpreissteigerungen verringert werden kann. Während sich die Entwicklung unter der Regierung Thaksin dadurch auszeichnete, dass Wachstum im Wesentlichen auf Pump zulasten der Volkswirtschaft finanziert wurde, korrigiert die neue Regierung diese Auswüchse merklich durch den Versuch eines kontrollierten Kapitalverkehrs, teilweiser Abschottung, Kontrolle und Marktzugangsrestriktion.

Was ausländische Investoren beispielsweise im Bereich der Automobilindustrie beklagen, nämlich den Rückgang des Absatzes von Kraftfahrzeugen, erweist sich auf dem Hintergrund dieser Furcht als gut überlegt und notwendige Korrektur zur Vermeidung einer erneuten Überhitzung ohne feste materielle Grundlage. Auch muss sich Thailand entgegenhalten lassen, dass es in den letzten sechs Jahren vor allem unter MP Thaksin die Chancen einer Dynamisierung der Wirtschaft im Verhältnis zu den westlichen Handelspartnern tatsächlich vernachlässigt hat. Diese Kritik wird durchaus anerkannt. Die Konzentration der Außenpolitik auf sog. Freihandelsabkommen oder bestimmte Absatzmärkte korrespondierte quasi mit der Einstellung aktiver Beziehungen zu wichtigen Handelspartnern des Westens. Die USA und die Anrainerstaaten der APEC profitierten dagegen erheblich. Interessanterweise scheint auch insoweit allerdings eine konstruktive Wende eingetreten zu sein. Eine Reihe von Neubesetzungen in Ämtern, Ministerien und Botschaften führte dazu, dass eher dynamische und wirtschaftsfreundliche Kräfte wieder an die entscheidenden Stellen gerückt sind. Grund genug verhalten optimistisch zu bleiben.

Zwar führten die mit der Übernahme der Macht durch das Militär in Thailand einhergehenden politischen Reformen im Ergebnis zunächst zu einer stärkeren Kontrolle des Wirtschaftssektors, wobei insbesondere die Aktivitäten ausländischer Bürger und Unternehmen im Interesse der Transparenz weiter eingeschränkt wurden, so zeichnet sich derzeit eine weitere Novellierung ab, die die negativen Auswirkungen

abschwächen soll. Erlaubte es Thailand bislang, dass Ausländer beispielsweise über Gesellschaften Grundstücke in Thailand erwerben konnten, wenn bestimmte Strukturen und Vertragsverhältnisse eingehalten wurden, so unterliegen derartige Konstruktionen aber auch Investitionsbegehren einer starken Kontrolle. Überprüft wird z.B. die tatsächliche Gesellschafterstruktur, das etwaige Vorhandensein von Treuhandkonstruktionen und besonders die Frage, ob denn der oftmals nur vorgeschobene thailändische Direktor tatsächlich Direktor oder das ist, was er nach Vermutung der Behörden darstellt, ein abhängiger Mitarbeiter eines ausländischen Unternehmens, das durch eine rechtliche Konstruktion die Marktzugangsbedingungen in Thailand umgehen möchte. Die von der Novellierung des thailändischen „Foreign Business Act“ betroffenen Wirtschaftsbereiche umfassen den Mediensektor, die Landwirtschaft, den Handel mit Antiquitäten, die Immobilienwirtschaft, die nationale Sicherheit, thailändische Kunst-Kultur und Tradition, das Kunsthandwerk, nationale Ressourcen, Rohstoffe, einzelne Dienstleistungen, den Einzelhandel sowie den Bereich der Hotellerie. Zwecks weiterer Steuerung des Außenwirtschaftsverkehrs sieht die neue Rechtslage eine Meldepflicht vor. Ausländische Unternehmen, die mehr als 49% der Anteile oder Stimmrechte an Unternehmen halten, müssen dies innerhalb eines Jahres gegenüber dem Handelsministerium offenbaren, wobei Treuhandverhältnisse aufzudecken sind.¹²

Der Zugang zu bestimmten Wirtschaftsbereichen wird ebenso stärker reglementiert, wie der Zuzug nach Thailand heute eher erschwert ist. Kritik hieran ist jedenfalls aus deutscher Sicht unbegründet, denn im Verhältnis zu Thailand oder China zeichnet sich Deutschland schon seit Jahrzehnten durch eine äußerst restriktive Zuwanderungspolitik aus. Thailand wird die deutschen Standards allerdings nicht entsprechend anwenden, da man die Vorteile des Zuflusses ausländischen Kapitals zu schätzen weiß. Allerdings ist man eher an qualitativ hochwertigen Investitionen interessiert. Die Quotierung bzw. „Beschränkung ausländischer Beteiligungen“ ist wieder ein Thema. In Abhängigkeit von dem Wirtschaftsbereich und in Anlehnung an das chinesische Modell sind zwar Beteiligungen ausländischer Unternehmen je nach Branche schon immer maximal bis zu 49% zulässig. Diese Beschränkung zum Schutz der „nationalen Wirtschaft“ wird beibehalten und in einzelnen

Bereichen sogar ausgedehnt. Allerdings wurde erst kürzlich der Versicherungssektor liberalisiert, so dass hier Beteiligungen auf 49% aufgestockt und Gewinne in größerem Umfang repatriert werden können. Bislang mussten hohe Rücklagen gebildet werden.

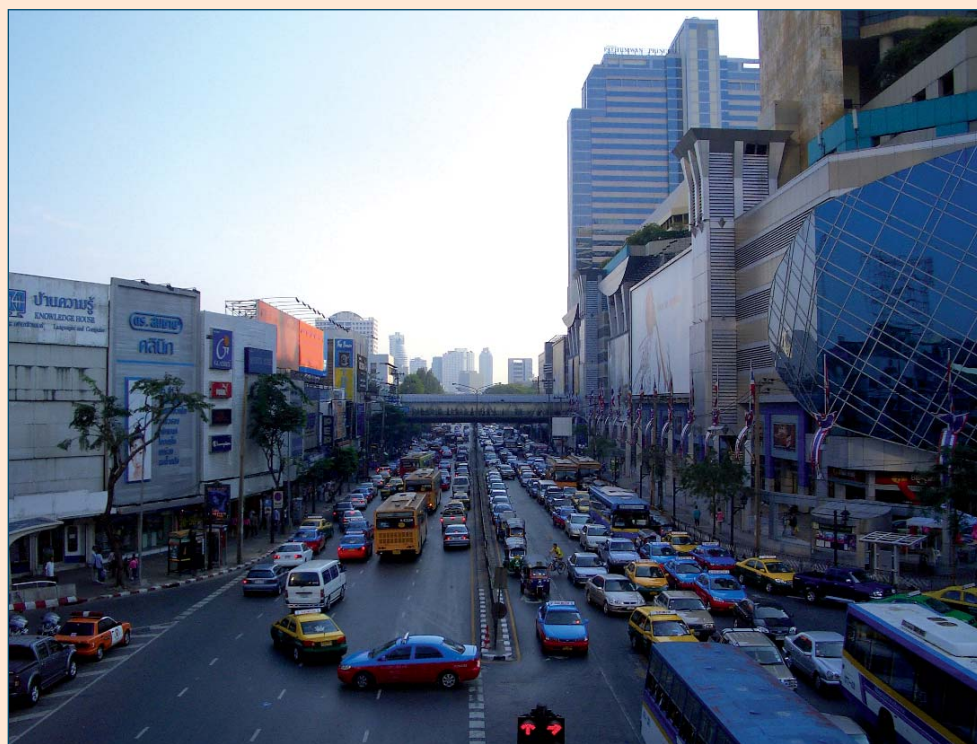
Inwieweit die Aufteilung einer bloßen Beteiligung bzw. der Stimmrechte der freien Gestaltung unterliegt, ist äußerst zweifelhaft. Zum Schutze der thailändischen Wirtschaft wird im Zweifel davon auszugehen sein, dass in Abweichung von den tatsächlichen Beteiligungsverhältnissen formulierte Stimmrechte zum Nachteil der thailändischen Gesellschafter keine Wirksamkeit entfalten. Ganz deutlich gesagt: Umgehungsstrukturen können bei Aufdeckung die Nichtigkeit des Gesamtengagements zur Folge haben. Die mit der Überprüfung der in Thailand registrierten und zugelassenen Unternehmen betraute Behörde, das für Auslandsunternehmen zuständige Department des Ministry of Commerce überprüft nicht nur die ordnungsgemäße Errichtung, sondern auch die praktische Tätigkeit der Unternehmen anhand von Bilanzen, Verträgen und der tatsächlichen Ausgestaltung der praktischen Arbeit.

In Folge der Währungskrise 1997 reglementierte Thailands Regierung den Devisenverkehr. Dadurch sollte eine Kapitalflucht einerseits, die rasche Rückführung von Exporterlösen andererseits nach Thailand gewährleistet werden. Seit dem Juli 2007 wurden diese Restriktionen dahingehend gelockert, dass Export-

devisenerträge nunmehr statt früher nach 120 Tagen erst nach 360 Tagen repatriert werden müssen bzw. von Anfang an auf Inlandsdevisenkonten einheimischer Banken unbefristet belassen werden können. Für Privatpersonen und Unternehmen erweist sich diese Lockerung als erheblicher Anreiz den nationalen Finanzplatz und Bankensektor zu stärken. Ob die Stärkung des Baht allein der Gesundung der nationalen Wirtschaft oder dem allgemeinen Preisverfall des Dollars zu verdanken ist, ist noch nicht mit letzter Gewissheit festzustellen. Gewiss ist lediglich die Tatsache, dass der Wettbewerbsdruck auf die internationalen Märkte zunimmt und die thailändische Wirtschaft selbst die äußerst arbeitsintensiven Produktionsprozesse im Lande optimieren oder auslagern muss, wenn und soweit sie weiterhin international konkurrenzfähig bleiben will. Eine Abkehr von der Öffnungspolitik wird insoweit nicht diskutiert. Dem stehen auch zwischenzeitlich erfolgte Restriktionen für ausländische Investoren in Thailand nicht wirklich entgegen. In Thailand registrierte thailändische Unternehmen haben nunmehr die Möglichkeit bis zu 100 Millionen US-Dollar in ausländischer Währung zu kaufen.

Thailand, China oder Vietnam

Die neue Regierung wird sowohl das Investitionsrecht als auch das Kapitalmarktrecht weiter reformieren. Der regionale Wettbewerb erfordert dies. China und Vietnam



werden als Wettbewerber erkannt und die Konsequenzen gezogen. In China und Vietnam ist heute jeder ernsthafte Investor ungeachtet des Kapitaleinsatzes willkommen. Unter ernsthaft wird nicht allein der Großinvestor verstanden. Wohlwissend, dass auch in der chinesischen oder vietnamesischen Zukunft der Mittelstand und das kleine Handwerk zu den Stützen der Binnenwirtschaft gehören, ordnen China und Vietnam ihre Verhältnisse relativ liberal. Thailand wirkt hier derzeit noch verhalten. Die über das Board of Investment geförderten Investitionen gelten aber nach wie vor als Richtschnur und in jeder Hinsicht gewollt. Beteiligungen können in dem Fall einer Unterstützung durch das BOI nach wie vor bis zu 100% einer Gesellschaft ausmachen.

Im Gegensatz zu den meisten asiatischen Ländern, die einen Grunderwerb durch Ausländer eher untersagen, erlauben über das BOI geförderte Investitionen auch den Erwerb von Grundbesitz durch im ausländischen Eigentum gehaltene Gesellschaften. Wie etwa in Deutschland kann in Thailand insoweit gesichertes Grundeigentum auch für Finanzierungszwecke belastet werden. Der Grunderwerb reduziert sich damit nicht auf ein bloßes Nutzungsrecht an Grund und Boden. Ein entscheidender Wettbewerbsvorteil Thailands gegenüber China und Vietnam, wo nach wie vor das sozialistische Modell der Aufspaltung von Grund und Boden einerseits und Nutzungsrechten daran andererseits vorherrschten. Ein weiterer nach wie vor immanenter Vorteil Thailands gegenüber China und Vietnam ist die Körperschaftssteuerfreiheit in Bezug auf Unternehmensgewinne. Während China jüngst seine Steuergesetzgebung novellierte und sich anschickt auch für ausländisch investierte Unternehmen einen einheitlichen Steuersatz von 25% Körperschaftsteuer auf erwirtschafteten Gewinn zu erheben, was mit einer Abschaffung der Steuerprivilegien der Auslandsinvestitionsgesetzgebung einhergeht, erlaubt Thailand nach wie vor eine Steuerbefreiung bis zu 8 Jahren, wobei diese in Abhängigkeit von dem Vorhaben und der Genehmigung erfolgt.

Eine Beschränkung auf die Gesamtinvestitionssumme ist möglich. Dies bedeutet, dass die Steuerbefreiung insgesamt nicht höher sein darf als die Gesamtinvestition. Die Einzelheiten insoweit sind mit dem BOI abzustimmen. Insoweit ist das BOI die Aufsichtsbehörde. Aber auch das BOI ist nicht in der Lage etwaige politische rechtliche Regelsatzveränderungen vollständig aufzugleichen, die vor allem deutsche Unternehmen nach erfolgter Investition

teilweise schmerzhaft erleben mussten. So musste immer wieder leidvoll festgestellt werden, dass die Steuersätze in Bezug auf aus dem Ausland zugelieferte Teile je nach Pkw unterschiedlichen Gehalt haben konnten, was die Unternehmensplanung erheblich durcheinanderbrachte und teilweise bei einzelnen Unternehmen sogar insgesamt in Frage stellte.

Ausblick und Wettbewerbsvorteile

Die politischen Veränderungen im Zusammenhang mit dem Sturz der Regierung Thaksin dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Thailand ungetrübt als einer der sichersten Standorte in Asien gilt, der sich durch eine gute Infrastruktur, ein überschaubares Risiko und optimale Lebensbedingungen auszeichnet.

Umweltrisiken wie in China sind hier weitgehend relativ zu sehen, die erhöhte Lebensqualität spricht insoweit für sich. Das Augenmerk „stabiles Umfeld“ sollte ungeachtet des moderaten Wachstums zwischen 4% und 7% je nach Einschätzung nicht unberücksichtigt lassen, dass Thailand kalkulierbar ist und die Krise in der Vergangenheit in erster Linie ausländischen Währungsspekulanten zu verdanken ist, die höchstmaßgeblich dazu beigetragen haben, das in Asien vorhandene Wachstumspotenzial an einer Stelle zu trefen, die nicht mit den tatsächlichen Potenzialen korrespondiert.

Die anhaltende Attraktivität des Investitionsstandortes Thailand auch im industriellen Bereich wird durch die Nachricht untersetzt, wonach die Mazda Motor Corporation und die Ford Motor Corporation den Bau eines neuen Pkw-Werks planen. Die neue Produktionsstätte entsteht auf dem Gelände des bestehenden Pick-up-Werks des thailändischen Joint Ventures "Auto Alliance Thailand" (AAT) von Mazda und Ford. Die Investitionssumme von rund 500 Millionen US-Dollar soll zu gleichen Teilen zwischen den beiden Automobilherstellern aufgeteilt werden. Im neuen AAT-Werk ist ab 2009 die zusätzliche Produktion von Fahrzeugen des B-Segments beider Marken für den thailändischen und südostasiatischen Markt geplant. Dabei soll eine integrierte Produktionslinie vom Presswerk bis zur Endmontage eine entsprechende Flexibilität gewährleisten. In jeder Stufe des Fertigungsprozesses werden die von Mazda entwickelten Produktionsmethoden integriert, um auf

der gleichen Produktionslinie Fahrzeuge bis hin zu Mittelklasse-Modellen des C/D-Segments herstellen zu können. Die jährliche Produktionskapazität der neuen Anlage gibt der japanische Automobilhersteller mit 100.000 Einheiten an. Dazu plant AAT einen Ausbau der Arbeitsplätze um rund 2.000 neue Mitarbeiter. Auch Russland und die Ukraine werden sich mit Investitionen im Schwerlastkraftwagenbereich profilieren.

Die neuen politischen Konstellationen, allen voran die für Bangkok wichtige „Demokratische Partei“, signalisieren eine rasche Rückkehr zu den wichtigen Zielen des Landes. Die Infrastruktur wird dabei ebenso zu den Programmschwerpunkten gehören wie die Förderung der Energiewirtschaft, der Ausbildung, Hochtechnologie und des Exports. Alle wichtigen Planungen liegen vor und es kann erwartet werden, dass eine rasche Umsetzung in der ersten Jahreshälfte 2008 in Angriff genommen werden wird. Positive Anknüpfungspunkte für die deutsche Wirtschaft sind reichlich vorhanden. Die Wettbewerber sind derzeit scheinbar in der besseren Position. ■

Berlin/Bangkok, Oktober 2007

RA Eberhard J. Trepel

■ Rechtsanwalt Eberhard J. Trepel ist seit über 30 Jahren mit Asien eng verbunden und war als damaliger Repräsentant des Hamburger Ost-asiatischen Vereins in der Bundeshauptstadt Berlin und Brandenburg einer der Väter und Initiatoren der Asien-Pazifik-Wochen in Berlin. Bis Anfang 2007 war er zugleich langjähriger „Executive Vice President“ des Asien-Pazifik-Forums in Berlin. Er ist u.a. Chairman des Thailand-Forums, seit 2004 Thailands Honorary Trade Advisor in Deutschland und seit dem gleichen Jahr Director des German Global Trade Forums Berlin, dessen Ziel die Verstärkung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Asien und Europa aber auch anderen wichtigen Regionen ist. RA Eberhard Trepel vertritt die Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen Thailand und Europa in Deutschland und neuerdings auch innerhalb des von Thailand initiierten Thai-EU Business Forums (Brüssel).

¹ Am 9. Juni 1946 wurde Phumiphon Adulyadej im Alter von erst 18 Jahren als Nachfolger seines kurz zuvor ermordeten Bruders zum neuen König Rama IX ausgerufen, worauf er zunächst nur symbolisch den Thron bestieg.

² Am 5. November 1950 wurden König Phumiphon und Königin Sirikit feierlich als Königspaar gekrönt. In seiner Ansprache gelobte König Phumiphon, sich für das Wohl seines Volkes einsetzen zu wollen.

³ Thailändische „Namen“ auf Deutsch zu schreiben ist nicht einfach. Für den Namen des Königs gibt es darum mindestens vier Versionen: "Bhumipol, Bhumipon, Bumiphol und Phumiphon", auf Deutsch „Phumiphon“ gesprochen.

⁴ "The role of the king was critical in this crisis," said Thitinan Pongsudhirak, a professor of political science at Chulalongkorn University. "He is widely seen as having implicitly endorsed the coup." Sulak Siwalak, a well-known social critic, went further. "Without his involvement, the coup would have been impossible," he said. The palace has made no direct comment since the takeover took place. The only statement relating to the king was made by the coup leaders, in a televised announcement stating that the king endorsed General Sonthi Boonyaratkalin as the head of the temporary government. "He did not initiate the coup – it was the military that did that," he said. But he added: "No coup would succeed without the king's consent."

⁵ Printmedien und bestimmte Internetportale wie Youtube sind derzeit nicht durchgängig frei oder verfügbar, soweit es gewisse Dienstleistungen betrifft.

⁶ Der Minister für Information und Kommunikationstechnologie Fitthichai Pookaiyaudom trat im September 2007 von seinem Amt zurück, nachdem die National Counter Corruption Commission (NCCC) realisierte, dass sowohl er als auch zwei weitere Mitglieder des amtierenden Kabinetts Anteile an privaten Gesellschaften von über 5 % hielten, was zwar nicht illegal war, aber als moralisch problematisch empfunden wurde. Die aus Anlass des Putsches außer Kraft gesetzte Verfassung von 2003 verbot generell eine Beteiligung an Unternehmen über 5 %.

⁷ Dessen Ausgestaltung derzeit völlig unklar ist.

⁸ Das gleiche Schicksal traf die stellvertretende Handelsministerin Oranoj Osatananda, eine äußerst ehrwürdige und verdienstvolle Ministerin. Auch ihr gegenüber reklamierte „die Öffentlichkeit und Presse“, wenn es nicht ganz andere Kräfte hinter den Kulissen waren, den „moralischen Faktor“, wonach ihre passive Beteiligung an einem Familienunternehmen jedenfalls in der jetzigen politischen Phase Thailands nicht akzeptiert werden könne. Obwohl auch in diesem Falle anders als in dem vorbenannten Fall nun wirklich kein Interessenkonflikt infrage stand. Die Ministerin Oranoj, bis zur Pensionierung lange Jahre Director-General des Department of Export Promotion, hielt eine Beteiligung an einem 20-Zimmer-Gästehaus für Rucksackreisende sowie eine 12 % Beteiligung an einem weiteren 45-Zimmer-Hotel, die insgesamt vor über 40 Jahren ererbt wurden. Die Einbeziehung von privaten Beteiligungen von politischen Amtsträgern in die Diskussion über die Geeignetheit oder die Amtsträgerschaft zeigt, wie sensibel die Öffentlichkeit derzeit in Thailand auf politische Machtverschiebungen reagiert. Obwohl alle Minister ihre persönlichen Vermögensverhältnisse anlässlich der Amtsübernahme offenbart und insbesondere der National Counter Corruption Commission gemeldet haben, erweist sich derzeit jede öffentliche Diskussion über Personen für die amtierende Regierung in Bezug auf ihre Glaubwürdigkeit, die Korruption in Thailand nachhaltig zu bekämpfen, als Bewährungsprobe.

⁹ Nach halbamtlichen Schätzungen sind derzeit rund 1 Million Arbeitsplätze in der nationalen Textilindustrie gefährdet.

¹⁰ So leidet vor allem die Exportwirtschaft darunter, dass die nationale Landeswährung Baht kontinuierlich erstarkt und im Verhältnis zum Dollar allein in den letzten 18 Monaten über 21,5 % an Wert zulegte.

¹¹ vgl. Bangkok Post, September 22, 2007

¹² In Bezug auf Deutschland hilft das zwischen Deutschland und dem Königreich Thailand abgeschlossene bilaterale Investitionsschutzabkommen, wonach enteignungsähnliche Eingriffe ohne Schadensersatz unzulässig sind. Von einem Eingriff betroffene Rechte können sich nach dem Investitionsschutzabkommen, welches im Verhältnis zu Thailand und Deutschland Vorrang vor nationalen Regelungen hat, in einem Schiedsgerichtsverfahren in Washington bzw. vor der internationalen Handelskammer in Paris auseinandersetzen. Sogar Schadensersatzansprüche sind unmittelbar nach diesen Regelungen möglich. Inwieweit allerdings Schadensersatzansprüche in Thailand selbst vollstreckbar sind, bleibt eine offene Frage.



Office of the Honorary Trade Advisor to the Ministry of Commerce of Thailand

Honorary Trade Advisors to the Ministry of Commerce in Thailand

Das Königreich Thailand organisiert seine Außenwirtschaft über Ministerien, die Botschaften, Thai Trade Offices, die Auslandsbüros des Board of Investment, der Thai Tourism Authority (TAT) und die Honorary Trade Advisors (HTAs). Ihre Aufgabe ist die Beratung und Begleitung der thailändischen Regierung, den Ministerien und Dienststellen sowie die Förderung der Außenbeziehungen in den derzeit 44 Länderdestinationen auf allen Kontinenten. Die „HTAs“ sind

Wirtschaftskonsuln und werden aufgrund ihrer aktiven Tätigkeit berufen. Sie stammen aus allen für die thailändische Außenhandels- und Wirtschaftspolitik wichtigen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und sind weltweit vernetzt. Durch die HTA sichert sich Thailand u.a. branchenspezifische Kompetenz, kurze Wege zu den maßgeblichen Entscheidungsträgern im Ausland und internationalen Institutionen auf allen strategischen Märkten. 2007 wurde der Kreis der Honorary

Trade Advisors auf 44 erweitert. Neu bestellt wurden die HTAs u.a. für die Schweiz, Neuseeland, Pakistan, Bangladesch, Ost-China, Sri Lanka.

Eberhard J. Trepel ist 2004 zum Honorary Trade Advisor durch die thailändische Regierung berufen worden. Trepel ist Rechtsanwalt und Fachanwalt für Steuerrecht. ■



HTA/RA Eberhard J. Trepel, at Prime Minister Export Award Ceremony, Bangkok 2007